27. Dez. 1951

7400

Gewaltsame Gleichschaltung der Kanzel im Kanton Bern?

(U.T.) Weit über die Grenzen des Kantons Bern hinaus hat der Angriff, den der bisherige Kirchendirektor, Regierungsrat Feldmann, gegen die «theologische Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern» geführt hat, Aufsehen erregt. Formell wurde zwar die Attacke hauptsächlich gegen Karl Barth geritten, gemeint waren jedoch seine Anhänger im Kanton Bern. Die genannte Arbeitsgemeinschaft umfasst nahezu die Hälfte der 320 evangelisch-reformierten Pfarrer, Hilfspfarrer und Vikare. Wie wir sehen, ist die theologische Richtung Barth im Kanton Bern sehr stark vertreten. Wir haben unsere Leser bereits früher über die Auseinandersetzung Feldmann contra Karl Barth orientiert. Bekanntlich hat Feldmann eine Schrift, betitelt «Kirche und Staat im Kanton Bern», herausgegeben, in welcher die Richtung Barth kommunistischer Tendenzen beschuldigt wird. Im besonderen wurden die Pfarrer Leuenberger und Lüthi sowie Direktor Fankhauser vom evangelischen Lehrerseminar Muristalden in Bern scharf aufs Korn genommen. Münsterpfarrer Professor A. Schädelin hat es nun im Namen der theologischen Arbeitsgemeinschaft übernommen, die Anschuldigungen Feldmanns ins richtige Licht zu rücken. Die Schrift Schädelins scheint Beachtung gefunden zu haben. Die erste Auflage erschien im September 1951. Aber schon einen Monat später, im Oktober, wurde eine zweite Auflage nötig. Die Pressekommentare, die uns seither zu Gesicht kamen, waren jedoch wenig geeignet, die Bevölkerung über die wirklichen Differenzen aufzuklären. Während die Parteigänger Feldmanns sich damit begnügten, dessen antikommunistische Schlagworte gegen Karl Barth und seine Richtung lärmend auszuwalzen, ergossen die Jünger Barths tiefsinnige theologische Betrachtungen in den Spalten der Zeitungen, die über den engen theologischen Kreis hinaus kaum Interesse gefunden haben dürften. A. Schädelin hat in seiner Schrift die Dinge auf eine sachliche Grundlage gestellt. Was er zu sagen hat, verdient auch von jenen Bürgern beachtet zu werden, die sonst jedem Religionsstreit ferne stehen. Die Schrift weist bei aller Zurückhaltung doch deutlich auf den Kern der Auseinandersetzung hin. Die Richtung Barth wird im Kanton Bern bekämpft, weil sie sich die Freiheit nimmt, von den Rechten Gebrauch zu machen, die in der Staatsverfassung und im Kirchengesetz fixiert sind. Gemäss Art. 18 des bernischen Kirchengesetzes steht es dem Kirchengemeinderat zu, über die Verwendung der Kirchengebäude zu entscheiden. Der Kirchengemeinderat des Münsters in Bern wagte es nun, von diesem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen und untersagte die Offiziersbrevetierungen in der wichtigsten bernischen Kirche. Er verfügte weiter, dass bei Abdankungsfeiern die Särge mit dem Zubehör von mehr oder weniger viel Kränzen nicht mehr im Münster aufgestellt werden dürfen. Zu dieser Angelegenheit schreibt Professor Schädelin u. a.:

«Es ging um nichts als um sachgemässe kirchliche Ordnung bei den beiden Fragen. Heroisches war weiter nichts dabei, auch wenn wir bei dieser Gelegenheit deutlich zu spüren bekamen, was dann geschieht, wenn die Kirche in solchen Dingen nach kirchlichen Einsichten anstatt nach staatlichen Wünschen handelt, selbst wenn sie völlig im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenzen bleibt.»

Die demokratischen und toleranten Phrasen Feldmanns werden mit seiner Praxis verglichen. Nach Verfassung und Gesetz steht es im Kanton Bern jedem religiösen Bekenntnis frei, innerhalb den Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung in seinem Sinne zu wirken. Bei der römisch-katholischen Kirche, die ihre Weisungen vom Papst und vom Bischof bezieht und ihre Geistlichen in Luzern und Solothurn ausbilden lässt, erscheint der Berner Regierung keine Einmischung nötig. Interessant ist, dass Herr Feldmann in der KK-Presse sehr gut angeschrieben ist, wenn wir vom Organ Gressots in Porrentruy absehen. Anders liegen die Verhältnisse bei der evangelisch-reformierten Kirche. Hier will die

(U.T.) Weit über die Grenzen des Kantons Bern hinaus hat der Angriff, den der bisherige Kirchendirektor, Regierungsrat Feldmann, gegen die «theologische Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern» geführt hat, Aufsehen erregt. Formell wurde zwar die Attacke hauptsächlich gegen Karl Barth geritten, gemeint waren jedoch seine Anhänger im Kanton Bern. Die genannte Arbeitsgemeinschaft umfasst nahezu die Hälfte der 320 evangelisch-reformierten Pfarrer, Hilfspfarrer und Vikare. Wie wir sehen, ist die theologische Richtung Barth im Kanton Bern sehr stark vertreten. Wir haben unsere Leser bereits früher über die Auseinandersetzung Feldmann contra Karl Barth orientiert. Bekanntlich hat Feldmann eine Schrift, betitelt «Kirche und Staat im Kanton Bern», herausgegeben, in welcher die Richtung Barth kommunistischer Tendenzen beschuldigt wird. Im besonderen wurden die Pfarrer Leuenberger und Lüthi sowie Direktor Fankhauser vom evangelischen Lehrerseminar Muristalden in Bern scharf aufs Korn genommen. Münsterpfarrer Professor A. Schädelin hat es nun im Namen der theologischen Arbeitsgemeinschaft übernommen, die Anschuldigungen Feldmanns ins richtige Licht zu rücken. Die Schrift Schädelins scheint Beachtung gefunden zu haben. Die erste Auflage erschien im September 1951. Aber schon einen Monat später, im Oktober, wurde eine zweite Auflage nötig. Die Pressekommentare, die uns seither zu Gesicht kamen, waren jedoch wenig geeignet, die Bevölkerung über die wirklichen Differenzen aufzuklären. Während die Parteigänger Feldmanns sich damit begnügten, dessen antikommunistische Schlagworte gegen Karl Barth und seine Richtung lärmend auszuwalzen, ergossen die Jünger Barths tiefsinnige theologische Betrachtungen in den Spalten der Zeitungen, die über den engen theologischen Kreis hinaus kaum Interesse gefunden haben dürften. A. Schädelin hat in seiner Schrift die Dinge auf eine sachliche Grundlage gestellt. Was er zu sagen hat, verdient auch von jenen Bürgern beachtet zu werden, die sonst jedem Religionsstreit ferne stehen. Die Schrift weist bei aller Zurückhaltung doch deutlich auf den Kern der Auseinandersetzung hin. Die Richtung Barth wird im Kanton Bern bekämpft, weil sie sich die Freiheit nimmt, von den Rechten Gebrauch zu machen, die in der Staatsverfassung und im Kirchengesetz fixiert sind. Gemäss Art. 18 des bernischen Kirchengesetzes steht es dem Kirchgemeinderat zu, über die Verwendung der Kirchengebäude zu entscheiden. Der Kirchgemeinderat des Münsters in Bern wagte es nun, von diesem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen und untersagte die Offiziersbrevetierungen in der wichtigsten bernischen Kirche. Er verfügte weiter, dass bei Abdankungsfeiern die Särge mit dem Zubehör von mehr oder weniger viel Kränzen nicht mehr im Münster aufgestellt werden dürfen. Zu dieser Angelegenheit schreibt Professor Schädelin u. a.:

«Es ging um nichts als um sachgemässe kirchliche Ordnung bei den beiden Fragen. Heroisches war weiter nichts dabei, auch wenn wir bei dieser Gelegenheit deutlich zu spüren bekamen, was dann geschieht, wenn die Kirche in solchen Dingen nach kirchlichen Einsichten anstatt nach staatlichen Wünschen handelt, selbst wenn sie völlig im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenzen bleibt.»

Die demokratischen und toleranten Phrasen Feldmanns werden mit seiner Praxis verglichen. Nach Verfassung und Gesetz steht es im Kanton Bern jedem religiösen Bekenntnis frei, innerhalb den Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung in seinem Sinne zu wirken. Bei der römisch-katholischen Kirche, die ihre Weisungen vom Papst und vom Bischof bezieht und ihre Geistlichen in Luzern und Solothurn ausbilden lässt, erscheint der Berner Regierung keine Einmischung nötig. Interessant ist, dass Herr Feldmann in der KK-Presse sehr gut angeschrieben ist, wenn wir vom Organ Gressots in Porrentruy absehen. Anders liegen die Verhältnisse bei der evangelisch-reformierten Kirche. Hier will die Berner Regierung die ihr genehme liberale (freisinnige) Richtung im Sattel halten. Nach dem Kirchengesetz ist die staatliche Oberbehörde, d. h. die Regierung verpflichtet, die «innere Ordnung» der Kirche nicht anzutasten. Dessen ungeachtet wurde jedoch immer und immer wieder die liberale Richtung mit allen Mitteln unterstützt. Die Lehrstühle der

Fortsetzung auf Seite 3

1951

same Gleichschaltung der Kanzel im Kanton Bern?

Fortsetzung von Seite 1

theologischen Fakultät der Universität Bern werden stets mit Liberalen, d. h. erklärten Gegnern der Richtung Barth besetzt. Die Regierung wollte und will damit verhindern, dass die jungen Pfarrer zu Anhängern von Karl Barth werden. Münsterpfarrer Schädelin schildert die schwierige Lage, in die die Kirche durch die Machtpolitik der Berner Regierung gekommen ist, mit folgenden Worten:

«Es ist eine schwere Lage für die Kirche, die sich ihre theologischen Lehrer geben lassen muss von einem Staat, der zwar grundsätzlich erklärt, er wolle die Gestaltung ihrer inneren Angelegenheiten der Kirche überlassen, aber dann doch das ausschliessliche Recht zur Stellung derjenigen Instanz für sich in Anspruch nimmt, welche den stärksten Einfluss auf die innere Lehrgestaltung der Kirche auszuüben in der Lage ist.»

Offenbar vermochten aber alle Winkelzüge Feldmanns und seiner Vorgänger das mächtige Erstarken der Richtung Barth nicht aufzuhalten. Die sonderbaren Demokraten in der Berner Regierung und in der Regierungspresse gehen deshalb einen Schritt weiter; sie machen allen Ernstes der theologischen Richtung Barth das Recht streitig, für ihre Lehrmeinung zu werben und zu überzeugen. Die bernischen Regierungsstrategen, die seit Jahrzehnten durch die Wahl der protestantischen Kirchenlehrer an der Universität auch die «inneren Angelegenheiten» der evangelisch-reformierten Kirche bestimmten, haben nun die Stirne, gerade jener Richtung in der Kirche, die immer zurückgesetzt wurde, Herrschafts- und Machtansprüche vorzuwerfen. Professor Schädelin weist aber eindeutig nach, dass es gerade umgekehrt ist, dass es die der Regierung genehme liberale Richtung ist, die mit Hilfe der staatlichen Organe ihre Stellung zu halten versucht. Er schreibt darüber u. a.:

«Wir verstehen daher die schmelzenden Liebeslieder sehr gut, welche zumal in der heutigen Lage die Leute vom ‚freien Christentum‘ dem Staate widmen und warum ihr Vertrauen zum Grossen Rate so viel grösser zu sein scheint als zur Kirchensynode. Zu oft haben sie ihre Postulate sozusagen hinter dem Rücken der Kirche durch die staatlichen Instanzen, der Kirche ‚aufgezwungen‘. Wir denken hier nicht bloss an die Fakultätspolitik, sondern z. B. auch an die zweite Lesung in den Verhandlungen des Grossen Rates über das neue Kirchengesetz.»

Es bleibt aber nicht etwa bei der Anrempelung und Diffamierung der missliebigen Richtung Barth. Am 13. September drohte Feldmann im Grossen Rate ganz offen mit staatlichen Massnahmen. Er führte damals wörtlich aus:

«Diese extreme Richtung (Barth) gerät sozusagen zwangsläufig in Konflikt mit dem Staat, und der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetze. Der Wille des bernischen Kirchengesetzes ist klar, und er allein ist massgebend und nicht eine subjektive Auffassung des Kirchendirektors über die Kirchenpolitik, die der Staat zu betreiben hat. Und von dieser klaren, gesetzlichen Grundlage aus müsste die Regierung auch in Zukunft jedem Versuch Widerstand leisten, innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche von einer Richtung aus ausschliessliche Herrschafts- und Machtansprüche durchzusetzen.»

Schädelin zeigt auf, zu welchen Konsequenzen die Politik Feldmanns führen wird. Heute hat der Kirchendirektor autoritär entschieden, dass nur die liberale Richtung in der evangelisch-reformierten Kirche gesetzlich ist. Feldmann kündigt des weiteren ganz offen staatliche Massnahmen gegen die Richtung Barth an. Die Kanzel soll also durch staatliche Gewalt im Kanton Bern gleichgeschaltet werden. Diese Gefahr erkennt auch Schädelin, wenn er schreibt:

«Es ist klar, dass mit einer solchen Konsequenzmacherei unschwer jede ernsthafte, sachliche Diskussion der Frage nach den Grundlagen der Kirche gewaltsam niedergeschlagen werden kann, und mit solchen Faustschlägen hat jeder zu rechnen, der sich einer fortgehenden Zersetzung der biblischen Grundlagen entschlossen widersetzt.»

Damit der Schlag gegen diese bürgerlichen Theologen, die sich erlaubt haben, in gewissen Dingen eine andere Meinung zu haben als der Scharfmacher Feldmann, im Volk «verständlicher» wird, stellt man ganz einfach die Tatsachen auf den Kopf. Die undemokratischen, ja verfassungs- und gesetzwidrigen Eingriffe der Berner Regierung in die «innere Ordnung» der Kirche, sollen mit grobschlächtigen Verdächtigungen der missliebigen Theologen verwischt werden. Schädelin erwidert auf diese Vorhalte folgendes:

«Wir bestreiten mit allem Nachdruck, uns zur Durchsetzung unserer Auffassung jemals anderer Mittel bedient zu haben als solcher, wie sie auf dem Boden der Demokratie rechtens sind.»

Die Schrift der theologischen Richtung Barth im Kanton Bern zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit auf,

dass Feldmann und seinem reaktionären Klüngel die Freiheit der theologischen Auffassung in der evangelisch-reformierten Kirche ein Dorn im Auge ist. Die bürgerlichen Pfarrer, die auf das gesetzlich verbrieftete Recht der Freiheit der Lehrmeinung pochen, sollen sich der Staatsräson Feldmanns unterordnen. Nicht nur der letzte Zeitungsschreiber und Radiosprecher, sondern auch die Kanzelredner sollen fürderhin parieren.

Die kirchliche Auseinandersetzung im Kanton Bern tut deutlich und unmissverständlich dar, wieviel unsere kapitalistische Demokratie noch wert ist. Wie sie im Kanton Bern angewendet wird, darüber gibt uns die Schrift von Münsterpfarrer Professor A. Schädelin Aufschluss.

D. J.